98½ Millionen nach dem Finanzreformgesetz von 1906 bis zum Jahre 1911 gestundet werden. Natürlich ist an eine Nachzahlung zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken, fällt es den Bundesstaaten doch schon sehr schwer, die Zahlungen an das Reich, zu denen sie unbedingt und sofort verpflichtet sind, zu leisten. Eine Finanzreform muß deshalb darauf Bedacht nehmen, nicht nur für die zurzeit gestundeten, sondern auch für die wirklich geleisteten Matrikularbeiträge neue Einnahmen zu schaffen. Zu den 122½ Millionen Mark, für die die Bundesstaaten aufzukommen haben, sind noch weitere 27 Millionen hinzuzurechnen, die als Teuerungszulage für die Beamten in der Form eines Nachtragsetats vom Reichstag gefordert wurden, so daß sich das Defizit im ordentlichen Reichshaushaltsetat für 1908 auf die schon genannte Summe von 149½ Millionen beläuft. Hinzu kommt das Defizit des außerordentlichen Etats mit 253 Millionen, die Nachtragsforderungen für Kolonialbahnen mit 33¼ Millionen, die Kosten des neu beschlossenen Flottengesetzes mit jährlich etwa 100 Millionen und der entstehende Mehraufwand für die Beamtenbesoldungsreform, die im kommenden Herbst erledigt werden soll und rückwirkende Kraft für das laufende Etatsjahr erhalten dürfte, mit gering gerechnet 70—80 Mill. Mark. Das durch neue Steuern zu deckende Defizit beträgt selbst bei vorsichtigen Schätzungen mindestens 500 Millionen Mark, dem Steuerbewilligungseifer der bürgerlichen Parteien winken also die schönsten Aussichten.

Es ist ein Krebsschaden der deutschen Finanzgebarung, daß sie so gut wie ausschließlich auf Einnahmequellen basiert, die ständig schwankende Erträge abwerfen. Die Haupteinnahmen des Reichs fließen aus indirekten Abgaben auf wichtige Konsummittel (Zölle und Verbrauchsabgaben), aus Verkehrssteuern und Betriebsüberschüssen, die ja im wesentlichen ebenfalls zu den indirekten Steuern zu zählen sind, und aus den Matrikularbeiträgen. Die letztere Einnahmequelle soll dazu dienen, Einnahmen und Ausgaben im Etat miteinander in Einklang zu bringen, was, wie schon oben auseinandergesetzt, bei dem bundesstaatlichen Finanzjammer nur unvollkommen möglich und außerdem ein problematischer Notbehelf ist. Die indirekten Steuern sind aber durch die Einwirkungen der wirtschaftlichen Konjunktur, den Ausfall der Ernten usw. starken Schwankungen unterworfen. So beliefen sich beispielsweise die Einnahmen aus den Getreidezöllen:

im Jahre	1898	auf	148	Millionen	Mk.
„ „	1899	„	128	„	„
„ „	1901	„	159	„	„
„ „	1904	„	145	„	„
„ „	1905	„	181	„	„

Ganz abgesehen von ihrer volksschädigenden Wirkung sind die indirekten Steuern deshalb auch aus finanztechnischen Gründen zu verwerfen. Soll das deutsche Finanzwesen endlich auf eine vernünftige Basis gestellt werden, ist es notwendig, Einnahmequellen zu schaffen, die den wechselnden Bedürfnissen angepaßt werden können. Das ist nur möglich durch Einführung direkter Steuern, die wenigstens zum Teil alljährlich nach dem jeweiligen Staatsbedarf bemessen werden können.

An eine solche Lösung der Finanzschwierigkeiten denken natürlich die Regierung so wenig wie die bürgerlichen Parteien. In der Politik sind eben nicht Erwägungen der Vernunft oder der Gerechtigkeit, sondern ausschließlich die materiellen Interessen der herrschenden Klassen ausschlaggebend. Und die gebieten die Beibehaltung des indirekten Steuersystems, auf die Gefahr hin, daß der Finanzjammer verewigt wird. Das Bismarcksche Prinzip, dem er im November 1875 mit den Worten Ausdruck gab: „Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen", gilt heute unumschränkter als zur Zeit, da es geprägt wurde. Was bei der großen „Reform", über der jetzt Herr Sydow brütet, herauskommen wird, steht deshalb heute schon in seinen wesentlichen Umrissen fest, mögen die einzelnen Steuervorschläge ausfallen, wie sie wollen. Der neue Schatzsekretär ist ja nur eine neue Nummer, die das alte System der Volksausplünderung und finanzpolitischen Pfuscherei markiert.

Konzentration.

Es ist eine auffallende Tatsache, daß gerade in dieser Zeit der Blockpolitik, in der die Freisinnigen Regierungspartei sind, fast jede Post die Nachricht einer neuen Maßregelung freisinniger Beamten bringt. Fanden die Fälle der gemaßregelten Volksschullehrer nur in der Arbeiterpresse eine gehörige Beleuchtung, so wirbelte der Fall des Bürgermeisters Schücking um so mehr Staub auf; er war auch ein zu blutiger Hohn für die liberalen Blockbrüder. Sie versuchen es zwar nicht mehr so hinzustellen, als ob jetzt ein liberaler Kurs im Reiche herrscht, aber sie gelten doch als Regierungspartei; und wenn das auch nicht, wie im Ausland, regierende Partei bedeutet, so bedeutet es doch immer eine der Regierung ergebene und deshalb genehme Partei. Wie ist nun eine solche Unduldsamkeit der Behörden liberalen Anschauungen gegenüber zu erklären?

Man könnte im Hinblick auf die feige Haltung der freisinnigen Blockpolitiker zu glauben geneigt sein, daß die Junker ein boshaftes Vergnügen darin finden, ihren politischen Lakaien möglichst viel Fußtritte zu versetzen, um zu sehen, wie weit ihre Selbstentwürdigung geht. Aber diese Auffassung ist nicht aufrecht zu erhalten. Die ungeschickten halbverlegenen Ausreden der offiziösen Presse bezeugen, daß es nicht auf eine absichtliche und unnötige Verletzung der Blockgenossen abgesehen war. Politik ist kein Spaß, und wenn es bisweilen danach aussieht, ist es die Dialektik der Weltgeschichte, die Entwicklung, die alles auf den Kopf stellt und aus der ernsten Politik eine Satire macht. Die regierende Junkerklasse wird bei diesen Maßregelungen zweifelsohne durch eine kräftige Ueberzeugung einer politischen Notwendigkeit geleitet.

Allerdings erscheinen solche reaktionären Maßregeln vom Standpunkt der westeuropäischen Anschauungen über die Volkssouveränität und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz heraus als widernatürliche, ungerechte Gewaltakte. Aber nur diejenigen, die die Welt immer für das ansehen, was sie nach ihren Anschauungen sein soll, und nicht für das, was sie ist, können sich aus diesem Grunde über sie entrüsten. Wenn wir die Wirklichkeit, so wie sie ist, zu verstehen suchen, müssen wir die Vorstellung aufgeben, als sei die politische Entwicklung der westeuropäischen Staaten die einzig normale und natürliche, an der jede politische Erscheinung in Deutschland zu messen sei. Durch seine Vorgeschichte und durch den späten und kräftigen Aufschwung des Kapitalismus macht Deutschland nun einmal eine andre politische Entwicklung durch.

In Deutschland trat das Proletariat schon als Feind des Kapitalismus auf, bevor das Bürgertum die bürgerliche Freiheit und Gleichheit erobert hatte. Seitdem ist das Proletariat immer der innere Feind geblieben und als solcher behandelt worden. Man konnte ihn nicht verjagen und nicht ausrotten; man mußte sein Dasein dulden, aber bei jedem Schritt wurde er schikaniert und überwacht. Die deutschen Arbeiter haben das allmählich als etwas selbstverständliches betrachtet. Sie jammern nicht über Zurücksetzung, weil diese nicht daraus entspringt, daß sie als minderwertig betrachtet, sondern daraus, daß sie gefürchtet werden. Ihrerseits hat auch die vorher liberale Bourgeoisie sich der junkerlichen Anschauungsweise angeschlossen, sie hat ihre liberalen Ideen aufgegeben und sich den rohen brutalen Junkergeist angeeignet. Sie huldigt der Autorität als höchstem Prinzip, überläßt den Junkern die Regierungsgewalt und stellt das militärische Wesen über das bürgerliche.

Der vom Proletariat bedrohte Kapitalismus ist am besten einer belagerten Stadt zu vergleichen. Geradeso wie hier die vom äußeren Feinde drohende Gefahr, die Bürger zwingt, sich einer militärischen Gewalt unterzuordnen, geradeso nötigt die Gefahr seitens des inneren Feindes die Bourgeoisie, eine Militärdiktatur über sich zu dulden. Hier wie dort bringt es dieselben Unannehmlichkeiten, Freiheitsbeschränkungen und denselben Aerger über die Uebergriffe und Anmaßungen des herrschenden militärischen Elements mit sich. Die Pariser Bourgeoisie setzte nur während einiger gefahrvoller Tage im Juni 1848 eine solche Militärdiktatur ein; in Deutschland ist sie, wenn auch unter parlamentarischen Formen verhüllt, eine ständige Erscheinung.

Immerhin gab es noch einige, wenn auch stets mehr zusammenschmelzende Gruppen und Personen, die liberale Anschauungen im westeuropäischen Sinne vertraten. Aber die wachsende Gefahr seitens des Proletariats macht eine Konzentration aller Kräfte der bürgerlichen Ordnung immer mehr notwendig. Die Blockpolitik, die die Parteien, die wenigstens theoretisch die westeuropäischen bürgerrechtlichen Ideen verfochten, vor den Junkerkarren spannte, ist nichts anderes als eine straffere Einfügung einer zu Seitensprüngen geneigten Gruppe in die von den Junkern kommandierte Ordnungsarmee. Um so weniger ist es jetzt zu dulden, daß es noch immer Leute gibt, Eigenbrödler, die mit dem Feind liebäugeln, seine Gefährlichkeit leugnen und die Maßnahmen der eigenen Heerführer bekritteln. Eine solche Disziplinlosigkeit, die die innere Kraft der Ordnungsarmee schwächt, darf nicht als eine gleichgültige Sache hingenommen werden. In einem Kriegslager herrschen andere Gesetze als in einer friedlichen Geschäftswelt. In solcher Weise wird verständlich, daß die Blockpolitik und die Maßregelungen freisinniger Beamten zueinander gehören; sie sind beide Ausdrücke derselben Erscheinung, der Konzentration der Ordnungsparteien gegenüber der Umsturzgefahr.

Es genügt heute nicht mehr, daß man kein Sozialdemokrat ist. Man soll auch die Sozialdemokratie als den schlimmsten Feind ansehen und treu zu den Junkern in ihrem Kampf gegen sie stehen. Früher wurde bloß der innere Feind in Acht und Bann getan; heute genügt dazu eine laue Gesinnung, eine abweichende Auffassung in dem Kampfe gegen diesen Feind. Die Liberalen haben gar keine Ursache, darüber zu zetern; die Maßregelungen der Freisinnigen sind die natürliche Konsequenz der früheren von ihnen gutgeheißenen Maßregelungen von Sozialdemokraten. Denn wenn man einmal der Unterscheidung zwischen Ordnungsparteien und innerem Feind beipflichtet, muß man es auch verständlich finden, daß die Junker Disziplin in der von ihnen kommandierten Armee haben wollen. In einer vor dem Feind stehenden Armee sind unbotmäßige Elemente nicht zu gebrauchen und schlimmer als Feinde. Das ist die politische Notwendigkeit, die die Behörden zur Maßregelung solcher Beamten treibt, die die junkerliche Staatsräson nicht verstehen.

Uns kann es recht sein. Denn es zeigt uns nicht nur in erfreulicher Weise, wie schlimm die herrschende Klasse sich durch die Macht des Proletariats schon bedroht fühlt, sondern es kann auch dazu beitragen, weitere Volksschichten über die Natur eines Systems aufzuklären, das nur durch solche Maßnahmen auf den Beinen zu halten ist.

Neunter Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

k. München, 6. August.

4. Verhandlungstag.

Die Debatte ist sehr lebhaft.

Fischer-Frankfurt a. M.: Wir in Frankfurt beantragen nach reiflicher Erwägung, die Landarbeiter in unserm Verbande zu belassen. Es ist nicht richtig, daß wir für die Gewinnung der Landarbeiter eine 17jährige Tätigkeit hinter uns haben. Ich bin der Meinung, daß wir sehr wenig für die Gewinnung der Landarbeiter getan haben. Wir haben uns zu wenig um die Organisierung der Landarbeiter gekümmert. Wir müssen freilich zuerst versuchen, die Arbeiter zu gewinnen, die der Gesindeordnung nicht unterstehen. Und warum sollen wir diese für unsre Organisation nicht gewinnen können? Der Vorstand hätte dem Beschlusse in Leipzig Rechnung tragen müssen, dann hätten wir sicher Erfolge erzielt.

Die Organisierung der Landarbeiter interessiert nicht nur die gewerkschaftliche, sondern auch die parteipolitische Organisation.

Wir in Frankfurt sind der Meinung, daß wir die Landarbeiter für unsern Verband organisieren können, wenn wir nur ernstlich wollen.

Schrammel-Wien ist erstaunt, daß der Gedanke auf diesem Verbandstage aufkommen konnte, daß die Hilfsarbeiter in eine eigene Organisation zusammengeschlossen werden sollen. Dieser Gedanke war vor 40 Jahren in Deutschland vorhanden, aber durch die Gründung der Gewerkschaften überholt. Unser Bestreben geht dahin, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern. Das ist ein alter Grundsatz, an dem nicht gerüttelt werden wird. Wir haben Jahrzehnte gebraucht, um den Eigendünkel zwischen den nichtgelernten und gelernten Arbeitern zu beseitigen, und das ist gelungen. Wer ist gelernter und wer ungelernter Arbeiter? Die Produktionsmittel werden von Jahr zu Jahr mehr verbessert. Der Arbeiter, der jahrelang in der chemischen Industrie arbeitet, kann morgen in der Metallindustrie arbeiten; die Technik in der Industrie ist so weit, daß die Arbeiter in allen Branchen arbeiten können. Einen Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern gibt es nicht. Es wäre unmöglich, die Organisation auszubauen, wenn wir alle sogenannten ungelernten Arbeiter in einen Verband zusammenschließen würden. Wenn wir den Grundsatz haben, die gewerkschaftliche Organisation auszubauen, muß man auch dahin trachten, den Landarbeitern, die einen eigenen Beruf, eigene

---

es erweckte mancherlei Gedanken in mir. Die Gelegenheit dazu fand ich, als er mich, die für ihn wohl wenig anziehende alte Jungfer, an zwei Abenden diesen Winter den weiten Weg von Stiftsamtmanns nach der Altstadt begleitete, den ich sonst nur mit Furcht und Zittern mit meinem Mädchen und meiner Laterne zurücklege."

„Ach was! Der tut keiner was!" brummte der Hauptmann schläfrig.

Neuntes Kapitel.

Während des Sommers hatte der Hauptmann sehr viel Dienst gehabt, denn er hatte mit dem Leutnant das Zeltmagazin und die Waffen- und Ausrüstungsvorräte des Bezirks besichtigt, dann waren die großen Uebungen gekommen und schließlich die Aushebung.

An den letzten zwei oder drei Tagen hatte da unten im Gasthause des Hauptorts ein ziemlich lustiges Leben geherrscht, woran der Korpsarzt, Fürsprech Sebelow, der lange Buchholz, der Untervogt Dorff und die Leutnants teilgenommen hatten. Aber das Ergebnis war ja insoweit glänzend, als er statt mit seinem Fuchs nun mit einem prächtigen drei- bis vierjährigen Rappen vor dem Wägelchen nach Hause fuhr. Das neue Pferd hatte eine weiße Bläße und weiße Strümpfe und versprach ebenso gut zu werden, wie der alte Rappe, wenn . . . wenn . . .

Gerade eben, als das alte Weib sich plötzlich vom Grabenrande erhoben hatte, war im Augen- und Ohrenspiel etwas zum Ausdruck gekommen, was es während der drei Aushebungstage sorgfältig verheimlicht hatte. Damals hatte der Hauptmann zur Probe ihm sogar einen Schuß über den Kopf abgefeuert, und es hatte sich nicht gerührt.

Das wäre doch wirklich zu niederträchtig — besonders nachdem sowohl der Korpsarzt, wie der Premierleutnant Dunjack mit ihm ganz einer Meinung über das Tier gewesen waren und er dem Pferdehändler beim Kauftrunk noch fünfundzwanzig Taler bar zugezahlt hatte.

Allein nun trabte er ja wieder ganz ruhig und gesetzt vor dem Wagen dahin. Die kleine Neigung, dann und wann in Galopp zu fallen, lag wohl an einem Mangel von Erziehung oder war jugendlicher Uebermut, der in ihm steckte und bei besserem Einfahren schon verschwinden würde.

„Ho-ho . . . holla! Ho-o-o-oa!"

Ein besseres Pferd hatte Stor-Ola noch nie an der Seite des Schwarzen im Stalle gehabt!

„Du sollst hübsch alt bei mir werden, verstehst du, Jungschwarzer? Und wenn wir mit dem Staatswagen nach der Stadt zu Inger fahren, dann wirst du mit deinem Onkel zusammengespannt. Na, na, du Schwei-ne-hund! Schwipp-schwapp, schwipp! Ich will dich lehren und dir deine Ungezogenheiten schon austreiben! Huhla! Brrr!" donnerte er. „Soooo — so!"

Unten im Wege vor dem Tore des Bergsethofes stand eine ganze Schar lustiger Leute, die schwatzten, schrieen und tranken. Als sie die wohlbekannte Gestalt des Hauptmanns erblickten, machten sie ihm höflich grüßend Platz. Sie wußten, daß er lange da unten gewesen war, und die jungen Leute, die sich zur Musterung gestellt hatten, waren gestern und heute in die umliegenden Höfe zurückgekehrt.

„Nicht wahr, Halvor Hejen . . . ein hübsches Fohlen? . . . Vielleicht noch etwas jung."

„Kann sein, Herr Hauptmann! Ein schöner, kräftiger Kerl! Wenn er nicht ein bißchen scheut!" entgegnete der Angeredete.

„Was ist denn hier los! — Versteigerung bei Ole Bergset?"

„Ja, der Untervogt Bardon hat den Nachlaß in der Stube unter dem Hammer."

„So, so! — Du, Sölfest Staale!" rief er einem jungen Manne blinzelnd zu, „glaubst du etwa, daß Lars Overstadtbräkken die Witwe freien wird? Du siehst ja aus, als ob dir die Petersilie verhagelt wäre."

Auf den Gesichtern ringsum erschien eine kaum verhehlte Lustigkeit. Sie wußten, wo der Hauptmann hinauswollte, denn es war ja gerade der Nebenbuhler, den er angeredet hatte.

„Gibt's nicht auch eine Kuh zu kaufen, die im Herbst kalben wird?"

„Das könnte wohl sein," meinten sie.

„Halt mir mein Pferd ein bißchen, Halvor, während ich hinaufgehe und mit dem Untervogt darüber spreche."

Der ganze Hof wimmelte von Menschen, und der Hauptmann wurde von lärmenden, schwätzenden Leuten, Männern und Frauen, Mädchen und Burschen, zwischen denen die Branntweinflasche fleißig umging, begrüßt, bis er das Zimmer erreichte, wo die Versteigerung abgehalten wurde.

Da saß Bardon in dem vollgepackten, qualmigen Raume und rief mit seiner wohlbekannten, gewaltigen heiseren Stimme aus, wiederholte die abgegebenen Gebote, drohte mit dem Hammer oder machte einen Witz und drohte dann wieder zum letzten- allerletztenmal, bis er mit dem rechtsverbindlichen Schlage das Gebot auf der Tischplatte festnagelte.

Dem Hauptmann wurde höflich Platz gemacht, wohin er sich auch wandte.

„Na, Martin Kvale, du bist wohl nicht recht gescheit, deine Frau zur Versteigerung gehen zu lassen," sprach er im Vorbeigehen zu einem der reichsten Bauern der Gegend, der eine Jacke mit silbernen Knöpfen trug.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19080808/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG